

Freie Presse

Einzelverkaufspreis: Die halbjährliche Abonnementsgebühr 10 Mk. — Ausland 12 Mk.
Die vierteljährliche Abonnementsgebühr 5 Mk. — Für Nichtpostleuten 6 Mk.
Einzelnummern 10 Pf. — 12 Pf. — 15 Pf. — 20 Pf. — 25 Pf. — 30 Pf. — 35 Pf. — 40 Pf. — 45 Pf. — 50 Pf. — 55 Pf. — 60 Pf. — 65 Pf. — 70 Pf. — 75 Pf. — 80 Pf. — 85 Pf. — 90 Pf. — 95 Pf. — 100 Pf.

Einzelverkaufspreis: Die halbjährliche Abonnementsgebühr 10 Mk. — Ausland 12 Mk.
Die vierteljährliche Abonnementsgebühr 5 Mk. — Für Nichtpostleuten 6 Mk.
Einzelnummern 10 Pf. — 12 Pf. — 15 Pf. — 20 Pf. — 25 Pf. — 30 Pf. — 35 Pf. — 40 Pf. — 45 Pf. — 50 Pf. — 55 Pf. — 60 Pf. — 65 Pf. — 70 Pf. — 75 Pf. — 80 Pf. — 85 Pf. — 90 Pf. — 95 Pf. — 100 Pf.

Nr. 271

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petrikauer Straße 60

2. Jahrgang

Das neue Kriegsgespens im Osten.

Deutsch-russischer Vormarsch auf Riga.

Berlin, 11. Oktober.

„B. Z. am Mittag“ bringt ein Telegramm aus Mitau, nach welchem infolge starker lettischer Patrouillenangriffe, welche den ruhigen Abtransport der deutschen Truppen zu gefährden drohten, die russische Nordwestarmee einen erfolgreichen Angriff auf die lettischen Stellungen gemacht und Redau, 15 Km. südlich von Riga, und Katharinenhof, zehn Km. südlich von Riga, besetzt hat. Letztliche Formationen beginnen zu der russischen Armee überzugehen. Die lettische Landwehr hat nördlich von Dünnaburg Erfolge errungen.

Wien, 12. Oktober. (P. A. Z.)

Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Berlin unterm 11. d. M.: Aus Riga wird mitgeteilt, daß die Truppen des Generals von der Goltz ohne jede artilleristische Vorbereitung den Vormarsch in der Richtung Riga begonnen haben. Ein Kampf tobte 18 Kilometer vor Riga. Bis heute 4 Uhr nachmittags (Mittwoch) gelang es den Letten, ihre Stellungen zu halten. Nach den Berechnungen des lettischen Generalstabs verfiel General von der Goltz über 30—40.000 Mann. Seine Aktion wird von dem russischen Obersten Barmont unterstützt, welcher einem Korrespondenten gegenüber äußerte, daß die Letten der Entente keine Erfolge haben wird, da die Deutschen über die diesjährige Ernte verfügen. Barmont beabsichtigt zunächst die Eroberung von Gailen und Einlaund und will dann gegen die Bolschewiken vorgehen.

Wien, 12. Oktober. (P. A. Z.)

Aus Berlin wird gemeldet: General von der Goltz richtete an die deutschen Truppen in den baltischen Provinzen ein kurzes Ultimatum, in welchem er die Soldaten aufforderte, dem von der deutschen Regierung erlassenen Befehl, die baltischen Provinzen zu verlassen, zu gehorchen.

Lyon, 11. Oktober. (P. A. Z.)

Die Antwort der Entente auf die Deutschen in Sachen der Räumung der baltischen Provinzen traf in Berlin am Freitag ein. Sie wird am Montag, vielleicht schon am Sonntag veröffentlicht werden. Es sei bemerkt, daß die Note von Marshall Foch selbst abgefaßt, vom Obersten Rat verfertigt und so ergänzt wurde; daß die Verbündeten das Recht haben, die Verfügungen der deutschen Regierung betreffs der Räumung der baltischen Provinzen zu prüfen und ihre Ausführung zu überwachen.

Die Entente kapert die deutschen Schiffe auf der Ostsee.

Wien, 12. Oktober. (P. A. Z.)

Aus Berlin wird gemeldet, daß die Entente alle deutschen Schiffe auf der Ostsee kapert.

Aachen, 11. Oktober. (P. A. Z.)

Die deutschen Schiffe haben nicht das Recht, die baltischen Häfen anzulaufen oder sie zu verlassen. Infolge der Angriffe der Deutschen auf Riga ist der Verkehr auf dem baltischen Meere verboten. Nach den neuesten Nachrichten ist die in Riga stehende ganze englische Flotte in einer unbekannten Richtung ausgefahren.

Russischer Dank an die Baltentruppen.

Mitau, 12. Oktober.

Der Oberbefehlshaber der freiwilligen russischen Westarmee Oberst Awoloff-Bermont hat der deutschen Gesandtschaft folgende Note überreichen lassen:

„An die deutsche Reichsregierung. In den vom Bolschewismus befallenen Teilen West-

lands habe ich, unterstützt von dem am 7. Oktober neugebildeten Zentralkomitee für Westrußland, im Namen Großrußlands die Aufgabe der Wiederherstellung der Staatsordnung und Recht übernommen. Als Vertreter der russischen Staatsgewalt will ich diese Gelegenheit nicht vorbegehen lassen, um der deutschen Reichsregierung den Dank Rußlands auszusprechen für die unerschütterlichen Dienste, die sich deutsche Truppen um die Errettung der russischen Randprovinzen vor dem Bolschewismus erworben haben. Nach Zurückziehung der deutschen Truppen wird der Schutz des von meinen Truppen besetzten Gebietes von mir übernommen werden. Die Sicherung des Abtransports der deutschen Truppen wird meine besondere Sorge sein. Ich habe das feste Vertrauen, bei der Niederwerfung des weltzerstörenden Bolschewismus im russischen Staate bei allen Völkern das Verständnis zu finden, das notwendig ist, um diese Weltgefahr zu beseitigen und allen Staaten Frieden und freie Entwicklung zu sichern.

Awoloff-Bermont, Oberst.

Zentralkomitee für Westrußland Präses Senator Graf Pahlen.

Beschlüsse des Obersten Rates.

Lyon, 12. Oktober. (P. A. Z.)

In der Sonnabendstimmung des Obersten Rates wurde der Antrag auf Bildung einer internationalen Kommission mit dem Sitz in Berlin angenommen. Aufgabe dieses Ausschusses ist die Überwachung der russischen Kriegsgesandten in Deutschland. Ferner nahm der Oberste Rat die Bitte des Admirals Kolischal und des Generals Denikin um Überlassung des während des Krieges von den Deutschen erbeuteten russischen Kriegsmaterials im Prinzip an. Die internationalisierte Kommission in Deutschland hat den Auftrag erhalten, die Ausführung dieser Beschlüsse zu überwachen.

Der Umschwung in Moskau.

Rotterdam, 9. Oktober. Einem Telegramm aus Reval zufolge haben sich die Sozialrevolutionäre (Kerenski) gegen die Bolschewisten in Moskau erhoben.

Eine Rechtfertigung des Grafen Berchtold.

Graf Berchtold, der sich in Oberhofen am Thuner See aufhält und, wie es heißt, ein Rechtfertigungsschreiben vorbereitet, veröffentlicht in der „Neuen Zürcher Zeitung“ Mitteilungen zu den Julitagen 1914. Er führt aus, Rußland trage die Hauptschuld am Kriege, den es wegen seiner imperialistischen Ziele gewollt habe. Österreich-Ungarn habe kein anderes Programm gehabt, als seinen Besitzstand zu erhalten. Auch das Protokoll der Ministerberatung in Wien vom 7. Juli leide keinen Kriegswillen, sondern nur den Gedanken, den europäischen Krieg durch rasches lokales Vorgehen zu verhüten. Damals hätte Rußland den vorbereiteten Angriff nicht verwirklichen können. Der deutsche Botschafter in Wien v. Tschirchsky habe sich damals dahin ausgeprochen, daß man in Berlin eine Aktion Österreich-Ungarns gegen Serbien erwarte und ein Kompromiß als Schwäche auslegen würde. Dieser Anspruch habe auf alle einen nachhaltigen Eindruck gemacht. Es könne nicht angenommen werden, daß der deutsche Botschafter ohne Weisung von Berlin so gesprochen haben würde.

Berchtold nimmt auch den damaligen österreichisch-ungarischen Botschafter in Berlin als Zeugen dafür in Anspruch, daß der Kaiser und alle maßgebenden Faktoren in Berlin das Wiener Kabinett zu einem energischen, nötigenfalls kriegerischen Vorgehen gegen Serbien gedrängt hätten. In Berlin habe die Auffassung geherrscht, daß Rußland zum Kriege gegen seine westlichen Nachbarn rüste, aber noch nicht genügend vorbereitet sei. Man habe angenommen, England werde sich nicht beteiligen, auch wenn ein Krieg mit Rußland und Frankreich ausbrechen würde. Die Unterredungen zwischen dem Kaiser, Bethmann-

Hollweg und Zimmermann sowie dem österreichisch-ungarischen Vertreter hätten die Voraussetzung und Erklärung der Wiener Ministerberatung vom 27. Juli gebildet. Die Anklage gegen die serbische Regierung habe sich nicht auf die Mitwisserschaft an dem Mordtat, sondern auf die Duldung der Nachschicht gegründet. Die österreichischen Forderungen hätten nicht eine Demütigung Serbiens, sondern nur ein Mindestmaß praktischer Sicherungen bezweckt. Zu der Unterzeichnung Berlins über den Vorlauf der Note an Serbien, erklärt Graf Berchtold, es sei der Wiener Regierung vom Reichskanzler freie Hand gelassen worden. Deutschland werde auf jeden Fall hinter Österreich-Ungarn stehen. Der endgültige Text der Note sei dem deutschen Botschafter am 31. Juli, drei Tage vor den anderen Sianatarnachrichten, zur Einsicht übergeben worden. Der österreichisch-ungarische Botschafter in Berlin habe am 25. gemeldet, man erblicke in dieser Verzögerung den Beginn der kriegerischen Handlungen und die Gefahr der Einmischung anderer Mächte. Man rate dringend, die Welt vor eine vollendete Tatsache zu stellen.

Auf die im deutschen Reichsbuch aufgeworfene Frage, warum Wien auf den dritten englischen Vermittlungsvorschlag nicht geantwortet habe, erwidert Berchtold, der Vermittlungsvorschlag sei erst am 30. Juli nachmittags durch den deutschen Botschafter zu seiner Kenntnis gelangt. Ein Ministerialrat, der wegen der Wichtigkeit der Frage einberufen worden sei, habe wegen Abwesenheit Tschas erst am 31. nachmittags zusammengetreten können. Die Schlussfassung sei nachher auf Grund von Tschas Formulierung redigiert worden. Das sei die Ursache, warum die Antwort nicht sofort erfolgt sei.

Sokales.

Lodz, den 13. Oktober 1919.

Verabschiedung. Gestern fand im großen Saale des Bezirksgerichts die feierliche Verabschiedung des ausgeschiedenen Vorsitzenden des Lodzer Bezirksgerichts Herrn Kasimir Hofmann statt, der bekanntlich das Notariat der verstorbenen Notars Grabowski übernommen hat. Die Abschiedsreden wurden von dem stellvertretenden Vorsitzenden Herrn Adolf Kon geleitet. Dann sprachen Vertreter des Magistrats, der Rechtsanwältin, Gerichtsbeamten usw.

Zur Einführung der Affordarbeit. Am Sonnabend fand in der Konstantinischen Fabrik eine Versammlung der städtischen Arbeiter in Sachen der Einführung der Affordarbeit statt. Stadtpräsident Kowalski und Vizepräsident Wjesnowski sprachen über die Wünsche des Ministeriums für Arbeit und öffentliche Fürsorge wie auch über den Standpunkt des Magistrats in dieser Angelegenheit. Der Präsident unterrichtete, daß die Stadt die öffentlichen Arbeiten auf Abrechnung des Ministeriums für öffentliche Arbeiten führe, von welchem es entsprechende Kredite erhält. Infolgedessen behärre der Reichstagsbeschluss ebenfalls die städtischen öffentlichen Arbeiten in Lodz. Der Vizepräsident wies darauf hin, daß in sämtlichen benachbarten Ortschaften die Arbeiter der Notstandsarbeiten infolge Erschöpfung der Geldfonds entlassen worden sind. Der Lodzer Magistrat jedoch betrachte es als seine Pflicht, die Arbeiter auch fernherhin für jeden Preis zu behalten. Frau Wjesnowski verteilte sodann die Sätze der Affordarbeiten, die vom Magistrat beantragt wurden, und betonte, daß die Erhöhung des Tageslohnes in Rücksicht auf die überall verpflichtenden Sätze unmöglich ist. Der einzige Ausweg sei, die Wünsche des Ministeriums für öffentliche Arbeiten anzunehmen. Der Stadtverordnete Kaluszynski bewies, daß manche Sätze zu niedrig berechnet sind. Herr Pelsch erklärte, daß obgleich die polnischen Berufsverbände gegen Affordarbeit waren, sie aber anerkannt der Ansicht sind, daß gemäß den Wünschen der Regierung Affordarbeit eingeführt werden müsse. Die im Saal befindlichen Kommunisten begannen aufwieglerische Reden zu halten, wobei sie aber vergaßen, daß die bolschewistische Regierung das Affordsystem bei sämtlichen Arbeiten eingeführt hat. Infolge des im Saale herrschenden Geräusches und des Chaos wurde die Versammlung aufgelöst. Eine weitere Versammlung wurde gestern abgehalten. Mehrere

Arbeiter erklärten, daß sie ohne Rücksicht auf das Ergebnis das Affordsystem einführen und die Agitatoren vertreiben werden.

Eine neue Seite der Kohlennot. Die Schwierigkeiten des Eisenbahnbetriebes beruhen, dem Posener Tablat zufolge, nicht nur auf dem Mangel an Kohlen, sondern auch auf deren schlechter Beschaffenheit. Die Kohle enthält jetzt 10 bis 20 v. H. Steine und andere unbrennliche Stoffe. Allein die Beförderung dieser nutzlosen Last beansprucht täglich mehrere Kohlenzüge. Die schlechte Kohle verursacht unterwegs Dampfsmangel. Die Lokomotiven bleiben liegen und verursachen Betriebsstörungen. Jedes fahrplanmäßige Halten eines Zuges kostet einen Zentner Kohlen. Dauert der nicht geplante Aufenthalt noch länger, so ist der Verbrauch an Kohlen noch größer. Die Stöckung bei den einzelnen Zügen veranlaßt sich notwendigerweise auf die nachfolgenden fort. Bei jedem Zuge entsteht so ein Mehrverbrauch von Kohlen. Der schlechte Stoff verdirbt auch die Kessel, so daß die Maschinen bald unbrauchbar werden und aus dem Verkehr gezogen werden müssen. Man nimmt an, daß die Gesamtwirkung der schlechten Kohle einen Mehrverbrauch von 40 bis 50 v. H. bedeutet.

Hauskomitees. In Warschau beschäftigt sich die Verfassungskommission gegenwärtig damit, sogenannte Hauskomitees zu gründen. Solche Komitees sollen einige Taxen anzuheben werden. Ein jedes Hauskomitee wird die Einwohner von 10 bis 15 bis 4 Häusern vorfordern.

Städtisches Ambulatorium für Geschlechtskranke. Dieser Tage wird der Stadtverordnetenversammlung ein Projekt auf Errichtung eines Ambulatoriums für venereische Krankheiten vorgelegt. Die Kosten desselben sind auf die Summe von 105.000 Mark jährlich berechnet, die Hälfte soll das Gesundheitsministerium hergeben. Das Ambulatorium werde in einer Zeit, in der die Geschlechtskrankheiten sehr verbreitet sind, eine große Wohltat bilden.

Kurzer Streik im Radozener Hospital. Infolge einer Meinungsverschiedenheit zwischen den Angestellten des städtischen Spitals in Radoz, und der Verwaltung desselben brach dort Sonnabend früh ein Streik des Personals aus. Die Ursache des Ausstandes war die Entlassung einiger Angestellten. Dank dem Einschreiten des Deputierten der Gesundheitsdelegation Dr. Kozłowski nahmen die Angestellten um 1 Uhr mittag die Arbeit wieder auf.

Kellnerstreik. Am Sonnabend traten in der Konditorei von Sianowski die Kellner in den Ausstand, da der Besitzer ihre Forderungen abgelehnt hatte. Nach den Berechnungen des Besitzers der genannten Konditorei verdienten die Kellner im Laufe eines Monats 12.000 Mark.

Umbau des Thalia-Theaters. Auf Veranlassung des Magistrats schritt die Verbandsgemeinschaft zum Umbau und Aufrechterhaltung des früheren deutschen Theaters, das in ein polnisches Theater umgewandelt wird. Das Theatergebäude war vollständig verfallen. Die Verbandsgemeinschaft hat die Restaurierung des Theaters einem der fähigsten Baumeister des Lodzer Magistrats, Herrn Józef Ljowski anvertraut, der bereits die nötigen Pläne ausgearbeitet hat.

Goldenes Jubiläum der Postkarte. Ihr 50-jähriges Bestehen konnte bereits die Postkarte begehen. Am 1. Oktober, 1869 wurde sie in Wien als „Korrespondenz-Karte“ eingeführt. Der Gedanke der Postkarte stammt jedoch vom preussischen Vertreter auf dem 5. Kongress des deutsch-österreichischen Postvereins, dem späteren Staatssekretär Dr. von Stephan. Dieser überreichte den übrigen Kongressteilnehmern eine Denkschrift, in der er das „Postblatt“ empfahl, weil es viel bequemer als ein Brief sei. Stephens Gedanken waren dann vom österreichischen Vertreter, dem Sektionsrat von Kolbenheyer, eben auf Anregung in der „Neuen Freien Presse“ aufgegriffen und zuerst in die Tat umgesetzt worden. Auch die anderen Länder folgten mit der Einführung von „Korrespondenz-Karten“ bald nach. Beim Abschluß des Weltpostkongresses am 1. 6. 1878 in Paris herrschte die heutige Postkarte bereits in allen Vereinständern. Die Korrespondenz-Karte kostete in Deutschland im Fernverkehr und in Berlin zuerst einen Silbergroschen, im übrigen Ortsverkehr 1/2 Sgr. Doch schon am 1. 5. 1872 sank die Großgebühre auf 5 Pf.; das „Postblatt“ wurde nun auch „Postkarte“ genannt. Die

1990

he der Post, an Herrn abgege-
n. Zu erfragen in der Grod.
Blattes. 3871